

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #5

September 2017

Bundestagswahl 2017

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

*Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.*

*Das **böll.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik» und «Demokratie & Gesellschaft».*

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung	3
2	Wahlergebnis	4
2.1	Stimm- und Sitzverteilung	4
2.2	Parlamentarische Mehrheiten & Koalitionsperspektiven	7
2.3	Regionale Unterschiede I: West vs. Ost?	8
2.4	Regionale Unterschiede II: Bundesländer im Vergleich	9
3	Wahlverhalten	11
3.1	Wahlmotive und wahlentscheidende Themen	11
3.2	Gesellschaftliche Stimmungsschwankungen und kurzfristige Wahlentscheidung	14
3.3	Bevölkerungsgruppen im Vergleich	16
3.4	Wählerwanderung	18
4	Gewählte Abgeordnete Bündnis 90/Die Grünen	22
	Der Autor	23
	Impressum	23

1 Zusammenfassung

Wie bereits 2013 zeichnet sich die Bundestagswahl 2017 durch eine sehr hohe Volatilität und damit durch starke **Verschiebungen im Parteiensystem** aus. Erstmals seit der Konsolidierung des Parteiensystems in den 1950er-Jahren sind sieben Parteien im neuen Bundestag vertreten, darunter mit der AfD eine Partei rechts der Union. Fragmentierung und Polarisierung im Deutschen Bundestag sind stark angestiegen. Das bundesdeutsche Parteiensystem ist damit wie bereits 2009 wieder als *pluralistisches Parteiensystem* einzuordnen.

Der Bundestag ist durch eine große Anzahl an Überhang- und Ausgleichsmandaten auf **709 Sitze** gewachsen. Die Anzahl nicht repräsentierter Zweitstimmen ist stark gesunken (2017: 5 Prozentpunkte; 2013: 15,7 Prozentpunkte).

Bei der Bundestagswahl standen insgesamt **4.828 Personen zur Wahl, darunter 1.400 Frauen** (ca. 29 Prozent). Den höchsten Anteil an Bewerberinnen haben Grüne und Linke (Listenkandidatinnen ca. 51,5 bzw. 51 Prozent), den geringsten CSU (Direktkandidatinnen ca. 17,4 Prozent), FDP (Listenkandidatinnen ca. 22,6 Prozent) und AfD (Listenkandidatinnen ca. 12,8 Prozent). Durch den Einzug von FDP und AfD in den Deutschen Bundestag sinkt der Frauenanteil im Parlament auf knapp 31 Prozent.

Bündnis 90/Die Grünen gewinnen absolut fast eine halbe Million Zweitstimmen hinzu und erreichen mit 8,9 Prozent (+0,5 Prozentpunkte) ein besseres Ergebnis als prognostiziert. Sie profitieren überdurchschnittlich stark von Spätentscheider/innen. Die neue Fraktion vergrößert sich auf 67 Abgeordneten (+4 Sitze).

Die **bisherigen Regierungsparteien** CDU, CSU und SPD verlieren absolut und relativ stark (Zweitstimmen). Die CDU erringt 26,8 Prozent (-7,4 Prozentpunkte), die CSU 6,2 Prozent (-1,2 Prozentpunkte; auf Bayern gerechnet: 38,8/-10,5), die SPD 20,5 (-5,2).

Die **bisherigen Oppositionsparteien** Grüne und Linke gewinnen ebenso wie die bisher außerparlamentarische Opposition AfD und FDP absolut und relativ hinzu. Die Oppositionsparteien sind damit wie bereits nach der Großen Koalition 2009 die Wahlgewinner, wobei vor allem die bislang außerparlamentarischen Parteien stark hinzugewinnen.

AfD und **Linke** konkurrieren stark um **partei- und systemverdrossene Protestwähler/innen**. Die AfD wird als einzige Partei mehrheitlich aus Enttäuschung gegenüber den anderen, etablierten Parteien gewählt. **Grüne** und **FDP** werden überdurchschnittlich häufig aus **koalitionstaktischen Überlegungen** gewählt.

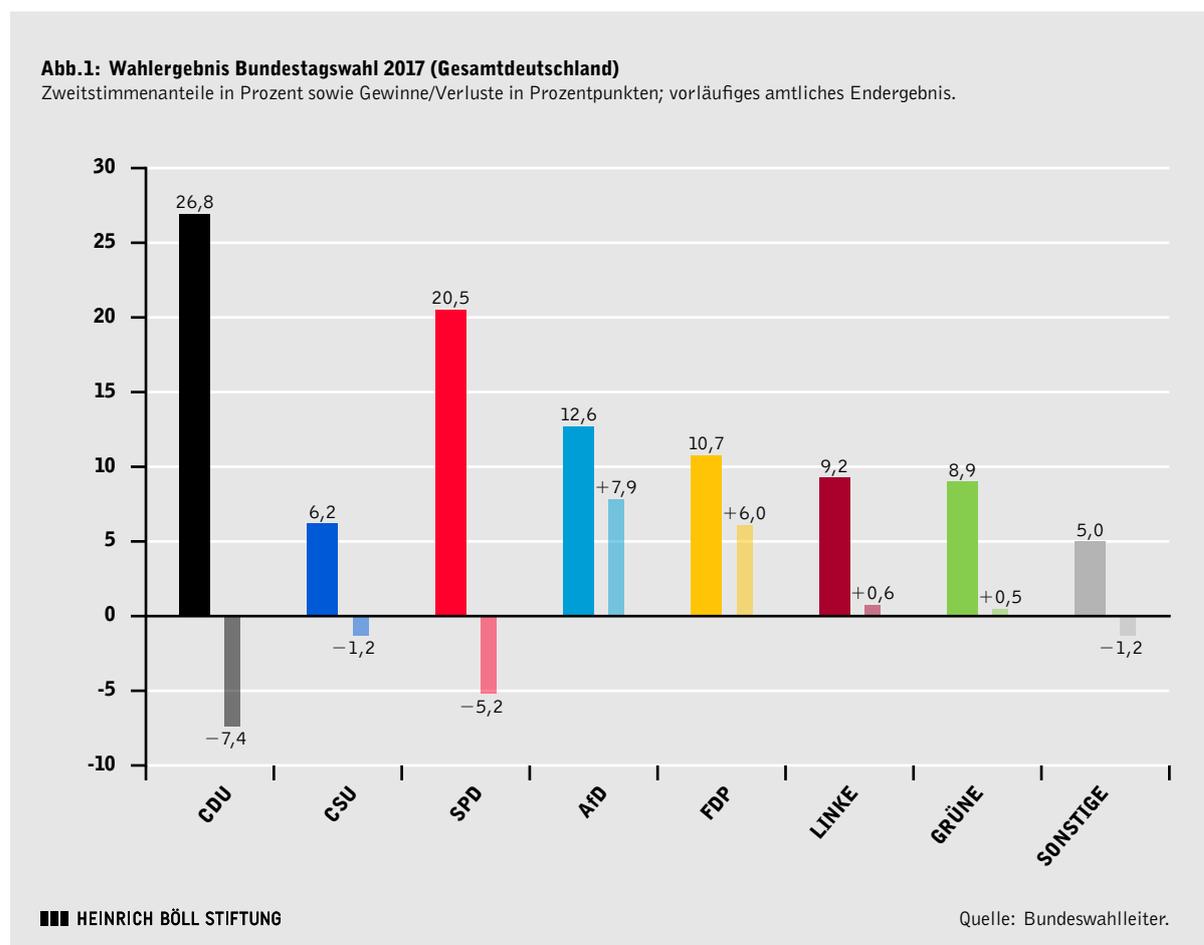
Die **Wahlbeteiligung** ist mit 76,2 Prozent um 4,6 Prozentpunkte gestiegen. Alle Parteien gewinnen im Saldo vormalige Nichtwähler/innen hinzu, allen voran die AfD (+1.200.000) und die FDP (+700.000).

Rechnerisch sind nach der Wahl **zwei Koalitionen plausibel** (Union/SPD; Union/FDP/Grüne). Die SPD reklamiert nach der Wahl eine Rolle in der Opposition für sich. Trotz inhaltlicher Kontroversen sehen die Anhänger/innen von FDP und Grünen ihre Parteien lieber in einer Jamaika-Koalition als in der Opposition.

2 Wahlergebnis

2.1 Stimm- und Sitzverteilung

Die Wahlbeteiligung liegt mit 76,2 Prozent um 4,6 Prozentpunkte höher als 2013. Dies ist einerseits ein starker Anstieg im Vergleich zu 2009 (70,8 Prozent) bzw. 2013 (71,5 Prozent), andererseits ist dies die drittniedrigste Beteiligungsquote in der bundesdeutschen Geschichte. Von der gestiegenen Wählermobilisierung profitieren AfD und FDP im Saldo am stärksten, allerdings können alle künftig im Bundestag vertretenen Parteien im Saldo vormalige Nichtwähler/innen hinzugewinnen. Durch den Einzug von AfD und FDP verringert sich zudem der Anteil nicht parlamentarisch repräsentierter (Zweit-) Stimmen erheblich. Da FDP und AfD 2013 noch knapp an der 5-Prozent-Hürde scheiterten, blieben damals rund 15,7 Prozent der gültigen Zweitstimmen außen vor. In der aktuellen Wahl bleiben nur etwa 5 Prozent der Stimmen an sonstige Parteien ohne Berücksichtigung in der Parlamentszusammensetzung.



Das Wahlergebnis bestätigt den schon länger diskutierten Befund einer zunehmenden Fluidität des Parteiensystems. Wahlentscheidungen werden in Zeiten rückläufiger Parteibindungen flexibler, und dementsprechend nehmen die Schwankungen der Ergebnisse deutlich zu. Bei dieser Wahl zeigen sich bei fünf von sieben im Parlament vertretenen Parteien dramatische Veränderungen.

CDU, CSU und SPD gelingt es nicht, an frühere Erfolg anzuknüpfen. Die bisherigen Regierungspartner verlieren in der Summe fast 14 Prozentpunkte. Die Asymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD fällt zwar etwas geringer aus als zuvor, dennoch ist die SPD weit abgeschlagen und erreicht mit 20,5 Prozent einen historischen Tiefpunkt. Erstmals stimmen weniger als 10 Millionen Wähler/innen mit ihrer Zweitstimme für die SPD, auch dies ein historischer Tiefpunkt. Mit 32,9 Prozent bleibt auch die Union deutlich hinter den Erwartungen zurück, nur 1949 war das Unionsergebnis schlechter. Gemeinsam binden die beiden ehemaligen Großparteien lediglich 53,4 Prozent der Zweitstimmen, der niedrigste Wert in der bundesdeutschen Geschichte. Die Dominanz der beiden Parteien ist stark erschüttert. Wie 2009 ist das bundesdeutsche Parteiensystem damit in der Typologie Niedermayers nicht mehr als *Parteiensystem mit Zweiparteiendominanz*, sondern als *pluralistisches Parteiensystem* einzuordnen. Dies verdeutlicht die starken Verluste der drei Parteien. Als Reaktion auf diesen Abstieg sieht sich die SPD künftig in der Opposition, während die Union als stärkste Fraktion weiterhin die Bundeskanzlerin stellen wird. Die Verluste von CDU/CSU und SPD sind dabei kein singuläres Ereignis: Beide Parteien, vor allem jedoch die SPD, haben in den letzten vier Jahren mehr Wahlen verloren als gewonnen (u.a. Baden-Württemberg 2016: CDU -12,0 Prozentpunkte, SPD -10,4 Prozentpunkte). Der gemeinsame Stimmenanteil von Union und SPD ging zuletzt bei elf von fünfzehn Wahlen zurück. Dies verstärkt den Befund, dass die Große Koalition im Bund (in Verbindung mit landesspezifischen Faktoren) zumindest elektoral kein Erfolgsmodell darstellt.

FDP und AfD gelingt es bei der Bundestagswahl 2017, an vorherige Wahlerfolge auf Landesebene anzuknüpfen, ihre Stimmanteile auszubauen und wieder (FDP) bzw. erstmals (AfD) in den Bundestag einzuziehen. Insbesondere die AfD erzielt mit 12,6 Prozent (+7,9) ein Ergebnis, das noch über den zuletzt prognostizierten Werten liegt. Sie wird dritte Kraft und setzt ihre Erfolgswelle der letzten dreizehn Landtagswahlen fort. Der FDP ist es bei einem Zugewinn von 6,0 Prozentpunkten auf 10,7 Prozent gelungen, nach dem Absturz 2013 wieder in den Bundestag einzuziehen.

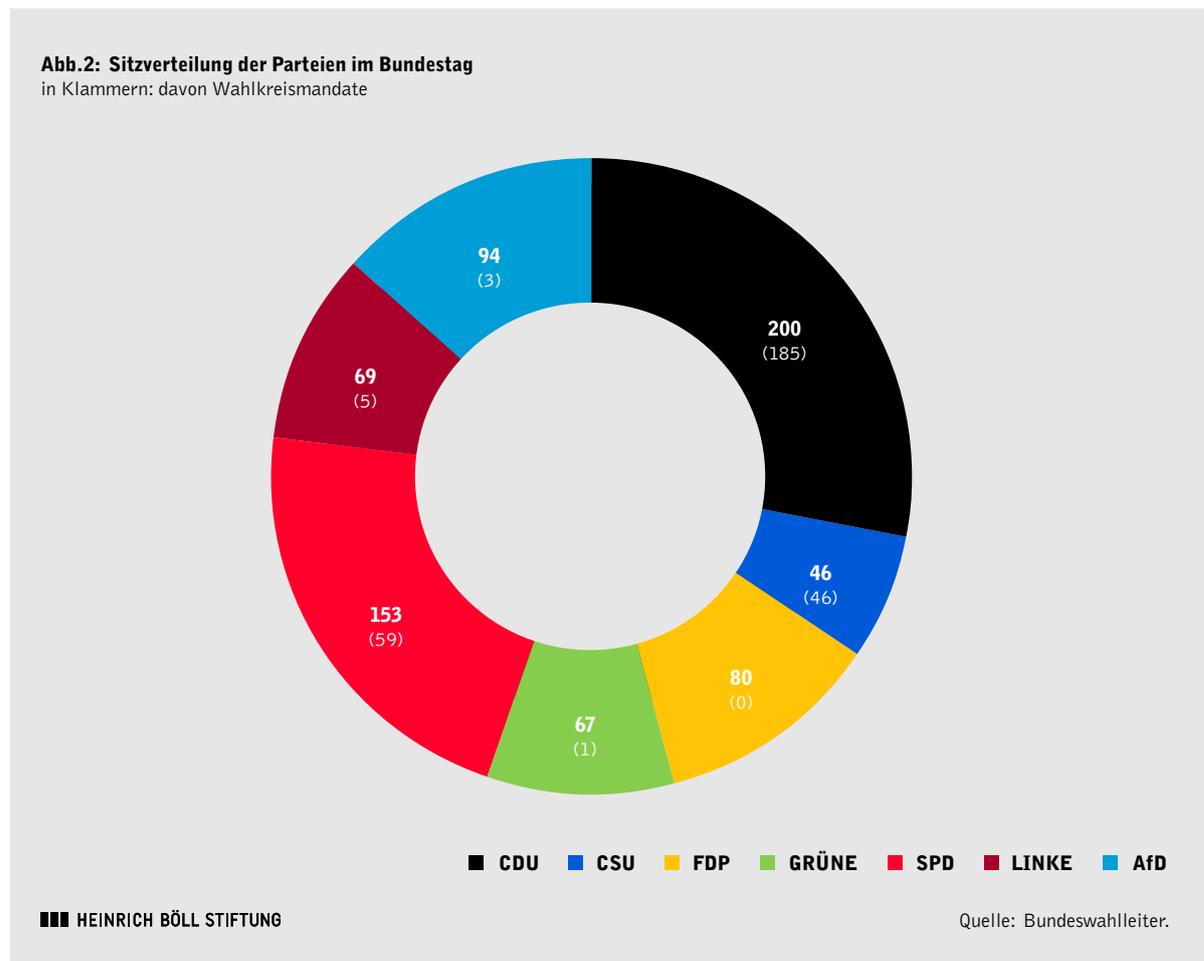
Vergleichsweise stabil bei leichten prozentualen Gewinnen zeigen sich Die Linke (9,2/+0,6) und Bündnis 90/Die Grünen (8,9/+0,5). Berücksichtigt man allerdings die insgesamt gestiegene Wahlbeteiligung, so ist klar, dass es beiden Parteien gelungen ist, in absoluten Zahlen deutlich mehr Wähler/innen als zuvor zu mobilisieren. Dies ist gerade für die Grünen, die zuletzt bei Landtagswahlen stark unter Druck geraten waren und zum Jahreswechsel mit sinkenden Umfragewerten zu kämpfen hatten, ein großer Erfolg.

Tabelle 1: Wahlberechtigte, Wähler/innen, Stimmenverteilung

	Absolut			Prozent/-punkte		
	2017	2013	Veränderung zu 2013	2017	2013	Veränderung zu 2013
Wahlberechtigte	61.675.529	61.946.900	-271.371			
Wähler/innen	46.973.799	44.309.925	2.663.874	76,2%	71,5%	4,6
Erststimmen						
Gültige Erststimmen	46.380.638	43.625.042	2.755.596	98,7%	98,5%	0,3
Ungültige Erststimmen	593.161	684.883	-91.722	1,3%	1,5%	-0,3
<i>davon entfallen auf</i>						
CDU	14.027.804	16.233.642	-2.205.838	30,2%	37,2%	-7,0
CSU	3.255.604	3.544.079	-288.475	7,0%	8,1%	-1,1
SPD	11.426.613	12.843.458	-1.416.845	24,6%	29,4%	-4,8
LINKE	3.966.035	3.585.178	380.857	8,6%	8,2%	0,3
GRÜNE	3.717.436	3.180.299	537.137	8,0%	7,3%	0,7
FDP	3.248.745	1.028.645	2.220.100	7,0%	2,4%	4,6
AfD	5.316.095	810.915	4.505.180	11,5%	1,9%	9,6
Sonstige (inkl. Einzelbewerber/innen)	1.422.306	2.398.826	-976.520			
Zweitstimmen						
Gültige Zweitstimmen	46.506.857	43.726.856	2.780.001	99,0%	98,7%	0,3
Ungültige Zweitstimmen	466.942	583.069	-116.127	1,0%	1,3%	-0,3
<i>davon entfallen auf</i>						
CDU	12.445.832	14.921.877	-2.476.045	26,8%	34,1%	-7,4
CSU	2.869.744	3.243.569	-373.825	6,2%	7,4%	-1,2
SPD	9.538.367	11.252.215	-1.713.848	20,5%	25,7%	-5,2
LINKE	4.296.762	3.755.699	541.063	9,2%	8,6%	0,6
GRÜNE	4.157.564	3.694.057	463.507	8,9%	8,4%	0,5
FDP	4.997.178	2.083.533	2.913.645	10,7%	4,8%	6,0
AfD	5.877.094	2.056.985	3.820.109	12,6%	4,7%	7,9
Sonstige	2.324.316	2.718.921	-394.605	5,0%	6,2%	-1,2

2.2 Parlamentarische Mehrheiten & Koalitionsperspektiven

Mit sieben Parteien in sechs Fraktionen sind nicht nur mehr Parteien, sondern mit 709 Sitzen auch deutlich mehr Abgeordnete als zuvor im Bundestag vertreten. Ursache für diese starke Zunahme an Mandatsträger/innen ist die stark gestiegene Fragmentierung¹ und damit verbundene Überhang- und Ausgleichsmandate. Darüber hinaus hat mit dem Einzug der AfD auch die Polarisierung stark zugenommen, mit ihr ist künftig eine Partei rechts der Union im Parlament vertreten. Damit haben sich die positionalen Anteile im Parlament verschoben (vgl. Abb. 2).



Die gestiegene Fragmentierung und die Schwäche der ehemaligen Großparteien verhindern wie in vielen Bundesländern auch im Bund Koalitionen entlang tradierter Koalitionsmuster. Da Linke und AfD für die Regierungsarbeit nicht zur Verfügung stehen, sind rechnerisch zwei Koalitionen möglich: Eine (erneute) Koalition von CDU/CSU und SPD

1 Die Fragmentierung wird anhand der *Effective Number of Parties (ENP)* gemessen. Nach der Wahl 2013 lag diese bei 2,80 und ist nun auf 4,64 gestiegen (ab einem Wert von 5 ist nach Niedermayer von hoch fragmentierten Parteiensystemen zu sprechen). Sie liegt damit noch einmal höher als 2009 (ENP 3,44).

sowie eine (erstmalige) Koalition von CDU/CSU, FDP und Grünen («Jamaika»). Eine CDU/CSU-SPD-Koalition ist durch die Ankündigung der SPD, die 19. Wahlperiode in der Opposition zu verbringen, höchst unwahrscheinlich. Da zudem Minderheitsregierungen im deutschen parlamentarischen System nicht etabliert sind, verbleibt als einzige mögliche Regierungsoption eine Jamaika-Koalition.

Mit 393 Sitzen verfügt eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen über eine stabile Mehrheit. Jedoch handelt es sich bei diesem Koalitionsformat um ein neues, im Bund noch nicht erprobtes Modell. Empirisch zeigt sich zwar eine grundsätzliche Akzeptanz für eine Jamaika-Koalition, gleichwohl muss in allen beteiligten Parteien anhand konkreter Inhalte die Möglichkeit einer solchen Konstellation geprüft werden. Dabei bestehen Kontroversen sowohl innerhalb der Union als auch zwischen Union, FDP und Grünen. Einen nicht unwesentlichen Faktor stellt zudem die Kanzlerin selbst dar, da ihre Politik beispielsweise im kontroversen Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik die höchste Zustimmung bei Grünen-Anhänger/innen (Vorwahlbefragung) hat. Auch im Allgemeinen wird eine Zusammenarbeit von Union und Grünen von den Anhänger/innen der Grünen ganz überwiegend als möglich erachtet (Vorwahlbefragung).

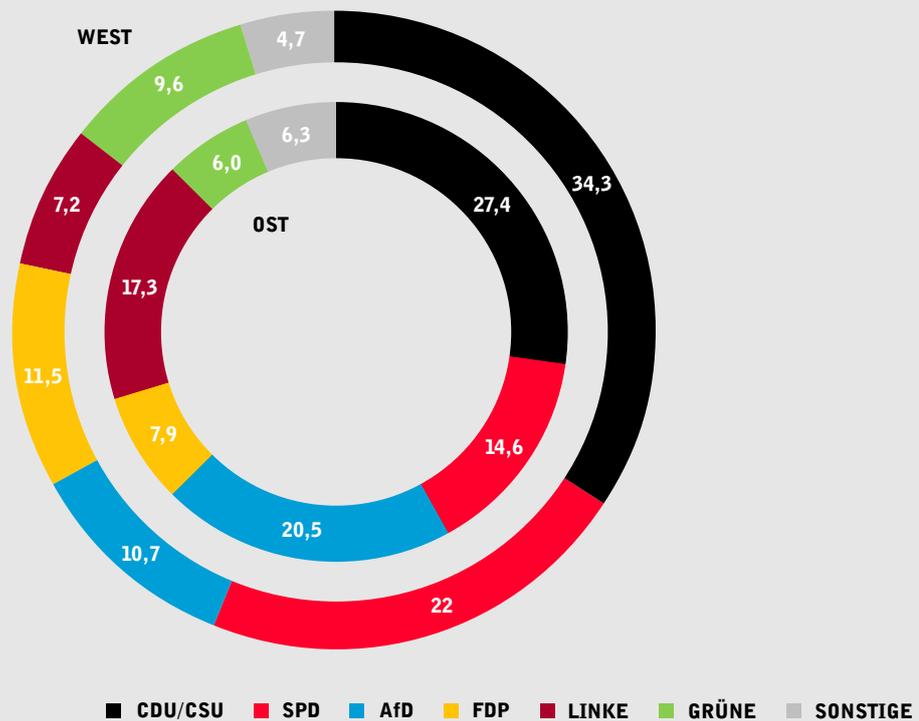
Grünen- und FDP-Anhänger/innen äußern bereits vor der Wahl gleichermaßen den Wunsch, dass «ihre» Partei – unabhängig vom Koalitionsformat – künftig Regierungsverantwortung übernimmt (96 bzw. 97 Prozent; Vorwahlbefragung). Diese Präferenz bleibt auch bei der konkreten Frage «Jamaika oder Opposition» bestehen, wobei die Grünen-Anhängerschaft (49:45) etwas kritischer eingestellt ist als die FDP-Anhängerschaft (60:34; ARD/infratest dimap Deutschlandtrend September 2017). Dazu passt schließlich der Befund, dass Grüne und FDP überdurchschnittlich aus koalitionstaktischen Erwägungen heraus gewählt werden (Grüne: 26 Prozent/+9; FDP: 39 Prozent/-8; ARD/infratest dimap Exit Poll).

2.3 Regionale Unterschiede I: West vs. Ost?

Auch mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit ist eine West-Ost-Differenz im Elektorat klar erkennbar. Diese Unterschiede haben wieder zugenommen, nachdem in 2009/2013 eine leichte Annäherung erkennbar war. Union, SPD, FDP und Grüne sind im Westen, Linke und AfD im Osten erfolgreicher. Die Union ist in beiden Teilgebieten stärkste Kraft, die SPD allerdings nur im ehemaligen Westen noch zweite Kraft – im Osten ist sie mit 14,6 nur die vierte Kraft hinter CDU, AfD und Linke. Die SPD ist damit im Osten teilweise nur noch als Kleinpartei einzuordnen (Sachsen: 10,5 Prozent/-4,1). Verbindet man diese regionale West-Ost-Verteilung mit den parteitypischen Wahlmotiven, so wird klar, dass im Osten die Anteile an parteien- und systemverdrossenen Protestwähler/innen höher sind als im Westen, da gerade AfD- und Linke-Anhänger/innen überdurchschnittlich häufig diesem Wählertyp zuzuordnen sind (vgl. Abschnitt 3.1).

Abb.3: Wahlergebnis Bundestagswahl 2017 (West/Ost)

Zweitstimmenanteile in Prozent, außen: Westdeutschland (inkl. Westberlin), innen: Ostdeutschland (inkl. Ostberlin)



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: Hochrechnung ARD/infratest dimap.

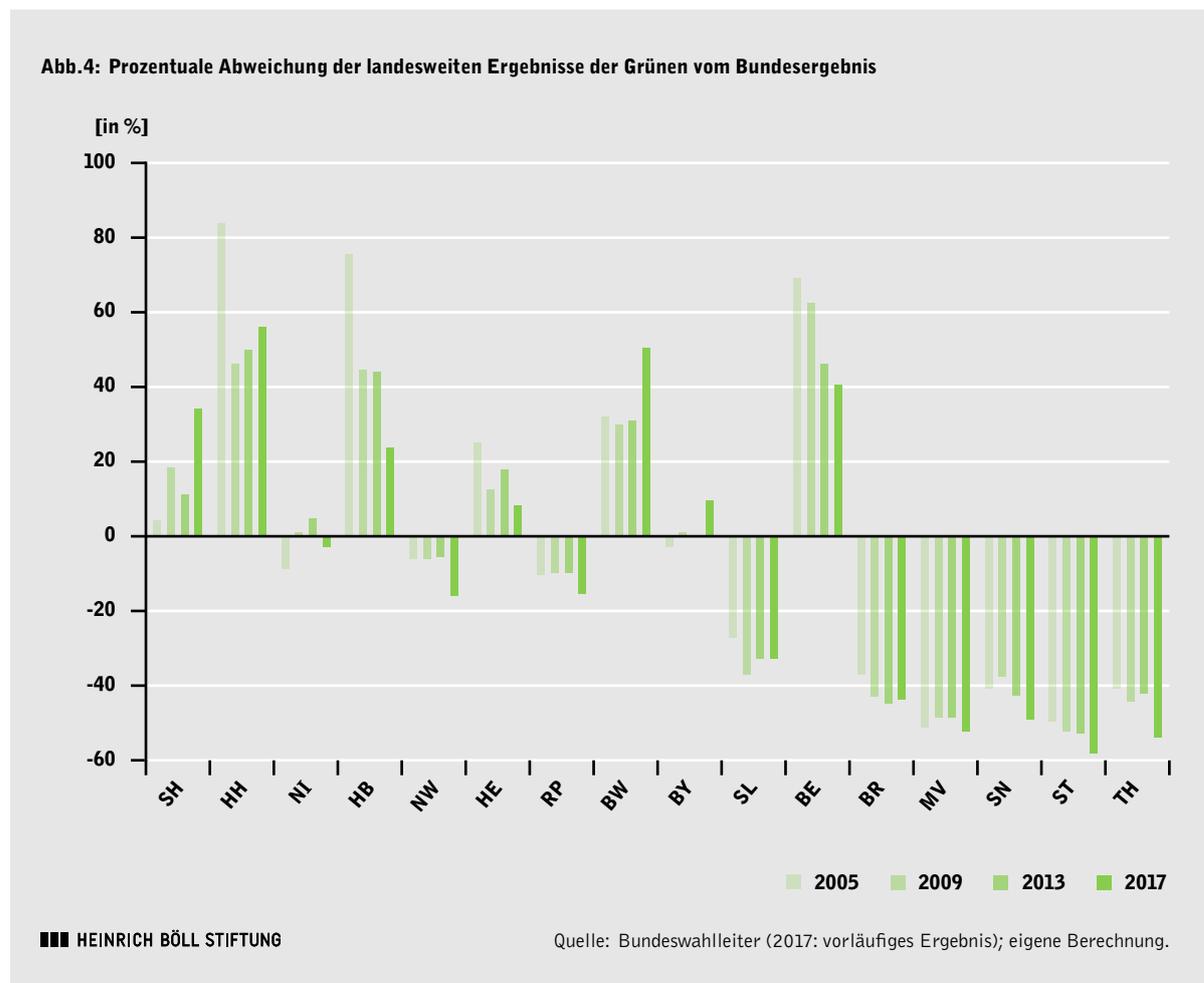
2.4 Regionale Unterschiede II: Bundesländer im Vergleich

Strukturelle, personelle und politische Gründe sind dafür ursächlich, dass in allen Parteien auch unterhalb der West-Ost-Differenz relevante Unterschiede zwischen den Bundesländern bestehen. Die CDU erzielt dabei auf der Ebene der Bundesländer Zweitstimmen-ergebnisse von 22,7 (Berlin) bis 35,9 Prozent (Rheinland-Pfalz; CSU in Bayern: 38,8 Prozent), die SPD von 10,5 (Sachsen) bis 27,4 (Niedersachsen). Eine breite Varianz zeigen auch die kleinen Parteien: Linke 6,1 (Bayern) bis 18,8 (Berlin), Grüne 3,7 (Sachsen-Anhalt) bis 13,9 (Hamburg), FDP 6,2 (Mecklenburg-Vorpommern) bis 13,1 (Nordrhein-Westfalen) und AfD 7,8 (Hamburg) bis 27,0 (Sachsen). In Sachsen ist es der AfD damit gelungen, knapp stärkste Partei vor der CDU (26,9 Prozent) zu werden und zudem drei Wahlkreise direkt zu gewinnen.^[2] Mit der Stärke der AfD im Osten geht einher, dass die Linke etwa in Sachsen und Thüringen besonders stark unter dem neuen Mitbewerber leidet, in beiden Ländern hat die Linke starke Verluste bei den Zweitstimmen zu verzeichnen

- Den Wahlkreis 158 hat AfD-Vorsitzende Dr. Frauke Petry direkt gewonnen. Nach der Wahl hat sie angekündigt, der neuen AfD-Fraktion nicht anzugehören. Es bleibt abzuwarten, ob die neue AfD-Fraktion noch vor der Konstituierung des Bundestages in verschiedene Lager zerfällt oder gar zwei Fraktionen entstehen.

(Sachsen: 16,1 Prozent/-3,9; Thüringen: 16,9 Prozent/-6,6; alle Werte: vorläufige Ergebnisse Bundeswahlleiter).

Betrachtet man diese Unterschiede im Zeitverlauf, dann wird zweierlei deutlich: Erstens eine im Kern strukturelle, pfadabhängige Prägung, zweitens aber auch die Möglichkeit, diese Muster zu durchbrechen. Letzteres verdeutlicht, dass landesspezifische Unterschiede nicht zuletzt auch regionale – personell, situativ oder wettbewerbsbedingte – Ursachen haben.



Diese zeitvergleichende Entwicklung wird am Beispiel der Grünen in Abbildung 4 dargestellt. Abgebildet ist die jeweils relative Performanz der Bundesländer bei Bundestagswahlen, d.h. um wieviel Prozent das jeweilige Landesergebnis vom jeweiligen Bundesdurchschnitt abweicht (Berechnungsgrundlage ist der Zweitstimmenanteil). Der Zeitverlauf lässt erkennen, dass es unterschiedliche Entwicklungen gibt. In Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg konnten die Landesgrünen, die bereits zuvor überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten, ihre Ergebnisse bei dieser Wahl erneut deutlich steigern, wohingegen etwa in Nordrhein-Westfalen, Bremen oder Berlin die Landesergebnisse dieses Mal (bei sehr unterschiedlichem Niveau) hinter der Performanz der früheren Wahlen zurückbleiben. Betrachtet man die ostdeutschen Landesverbände, dann sieht man deutlich, dass

diese generell unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Im Zeitverlauf zeigt sich darüber hinaus, dass es ihnen bei dieser Wahl nochmals schwerer gefallen ist, die Lücke zum Bundesergebnis nicht größer werden zu lassen. Dahinter liegen in den meisten Fällen jedoch keine sinkenden absoluten Werte, sondern die gestiegene Wahlbeteiligung, von der gerade im Osten die anderen Parteien profitieren.

3 Wahlverhalten

3.1 Wahlmotive und wahlentscheidende Themen

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen.^[3] Zunächst einmal ist zu unterscheiden, ob eine Partei aus Überzeugung (für ebendiese Partei) oder aus Enttäuschung (mit Blick auf die anderen Parteien) gewählt wird. Eine Wahl aus Überzeugung kann positiv verstanden werden, wohingegen eine Wahl aus Enttäuschung auf Protestwahlverhalten hindeutet. Bei der Bundestagswahl 2017 sind die etablierten Parteien mehrheitlich aus Überzeugung gewählt worden – sie konnten also mit ihren Personen und/oder Inhalten sowie aufgrund langanhaltender Parteibindung Stimmen gewinnen. Allerdings sind auch bei den etablierten Parteien die Anteile der «Enttäuschten» mit 15 (CDU) bis 32 (FDP) Prozent nicht zu unterschätzen. Eine stärkere Protestwahl-Neigung zeigen die Wähler/innen der Linken, wenngleich die Linke noch knapp mehrheitlich aus Überzeugung gewählt wird.

Wie bereits bei letzten Landtagwahlen hat sich die AfD als die Protestpartei etabliert: nur 31 Prozent haben aus Überzeugung, 61 Prozent hingegen aus Enttäuschung für die AfD gestimmt. Diese Enttäuschung verweist in Verbindung mit weiteren Befragungsdaten darauf, dass AfD-Wähler/innen eine starke Enttäuschung gegenüber der Demokratie insgesamt empfinden. So geben 80 Prozent der AfD-Anhänger/innen an, weniger bzw. gar nicht mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden zu sein. Dazu kommen eine starke Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung im Allgemeinen (93 Prozent weniger/gar nicht zufrieden), mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik im Besonderen (100 Prozent weniger/gar nicht zufrieden) sowie mit der gesellschaftlich-politischen

- 3** Methodischer Hinweis: Datenbasis für die Analyse zum Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen, zu Wahlmotiven und zum Entscheidungszeitpunkt ist eine Exit Poll von infratest dimap in 624 repräsentativ ausgewählten Wahllokalen bzw. Stimmbezirken, bei der am Wahltag von 91.088 Wähler/innen Informationen zu Stimmverhalten, Alter und Geschlecht aufgenommen wurden. Von 14.177 Wähler/innen wurden darüber hinaus weitergehende sozialstrukturelle und inhaltliche Merkmale erhoben. Um Amts- und Briefwähler berücksichtigen und Aussagen über die Wählergesamtheit treffen zu können, sind die Wählerdaten der Exit Poll nach dem amtlichen Endergebnis gewichtet. Im Ergebnis ergibt sich ein repräsentatives Bild für die Gesamtwählerschaft wie die Wählerschaften der einzelnen Parteien.

Situation (bspw. Unzufriedenheit mit der Gerechtigkeit in Deutschland, AfD: 68 Prozent, Linke: 60 Prozent) und dem Gefühl, selbst gesellschaftlich benachteiligt zu werden (AfD: 42 Prozent, Linke: 25 Prozent; Vorwahlbefragung). Diese Daten verfestigen das Bild, dass die Linke und vor allem die AfD zu relevanten Teilen von denen unterstützt werden, die sich gesellschaftlich-demokratisch nicht ausreichend repräsentiert fühlen.

Tabelle 2: Motive der Wahlentscheidung in Prozent

	Gesamt	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD
Wahl aus...							
Überzeugung	63 (-3)	78 (+2)	65 (-1)	54 (+3)	73 (+1)	61 (-4)	31 (-6)
Enttäuschung	30 (+2)	15 (-3)	28 (±0)	39 (-4)	21 (-3)	32 (+3)	61 (+4)
Wahl wegen...							
Spitzenkandidat/in	24 (-2)	38 (±0)	22 (+1)	13 (-1)	11 (+1)	25 (+3)	10 (+3)
Sachfragen	57 (+5)	38 (+1)	55 (+1)	77 (+4)	71 (+3)	63 (+8)	76 (-6)
Parteibindung	17 (-2)	23 (+1)	22 (+1)	7 (-2)	18 (-2)	11 (-8)	5 (+1)

In Klammern: Differenz zu 2013 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind, von anderen enttäuscht sind? Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten?

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Für Parteien stellt sich darüber hinaus die Frage, ob sie vorrangig aufgrund ihrer (Spitzen-)Kandidaten, aus inhaltlichen Gründen oder aus individueller Parteibindung gewählt werden. Die Daten bestätigen hier die generelle Erkenntnis, dass Sachfragen für die Wahlentscheidung zentral sind. Lediglich bei der Union ist der überdurchschnittliche Anteil derer, die wegen der Spitzenkandidatin für die Union votiert haben, auffällig – dies spiegelt die Popularität Merkels und die Zufriedenheit der (verbleibenden) CDU/CSU-Wähler/innen mit der Arbeit der Bundesregierung wider.

Die politische Situation und damit verbunden die politisch relevanten Themen sind im Sommer 2017 vergleichsweise untypisch. So bewerten zwar 84 Prozent der Wahlberechtigten die wirtschaftliche Lage positiv, dennoch fällt zeitgleich die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ambivalent aus (51 Prozent (sehr) zufrieden vs. 49 Prozent (sehr) unzufrieden). Die CDU wird dabei noch am besten (51 Prozent (sehr) zufrieden), die CSU am schlechtesten (39 Prozent (sehr) zufrieden) bewertet (Vorwahlbefragung). Diese Diskrepanz von wirtschaftlicher und politischer Zufriedenheit deutet darauf hin, dass ökonomische Themen in dieser Wahl keine zentrale Rolle spielen.

Tatsächlich sind in dieser Wahl eine Vielzahl anderer Themen für die Wahlentscheidung relevant. Allen voran werden etwa Ende August bei der offenen Frage nach den zwei wichtigsten aktuellen Themen die Bereiche Flüchtlinge, Ausländer und Integration genannt (49 Prozent; FGW Politbarometer September 2017). Diese Themenrelevanz ist ebenso wie die starke Polarisierung in diesem Themenfeld ein Novum und zeigt, wie es nicht zuletzt der AfD gelungen ist, dieses Thema in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu setzen, Deutungsmuster zu etablieren und darüber einen großen Mobilisierungseffekt zu erzielen. Dabei

sieht die Mehrheit der Bundesbürger/innen in den Flüchtlingen zwar eine Bereicherung für das Leben in Deutschland (54 Prozent; Vorwahlbefragung), zugleich fühlt sich aber ein Teil der Bevölkerung von dieser Entwicklung bedroht. So teilen rund 46 Prozent die Sorge, dass der Einfluss des Islam in Deutschland «zu stark» werden könnte und dass zu viele Fremde nach Deutschland kämen (38 Prozent), was insgesamt einen Verlust der deutschen Sprache und Kultur zur Folge haben werde (38 Prozent; Vorwahlbefragung). Die vergleichsweise hohe Zustimmung zu diesen Fragen zeigt, dass das Framing der AfD hinsichtlich der migrationspolitischen Folgen Wirkung zeigt. Zugleich zeigt sich aber auch, dass eine große Unzufriedenheit mit dem Handeln der Exekutive in Bund und Ländern herrscht, und zwar in zweifacher Hinsicht: So befürworten 90 Prozent eine «schnellere und konsequentere» Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, aber auch, dass «für die Integration von Flüchtlingen mehr getan werden» muss (79 Prozent; Vorwahlbefragung).

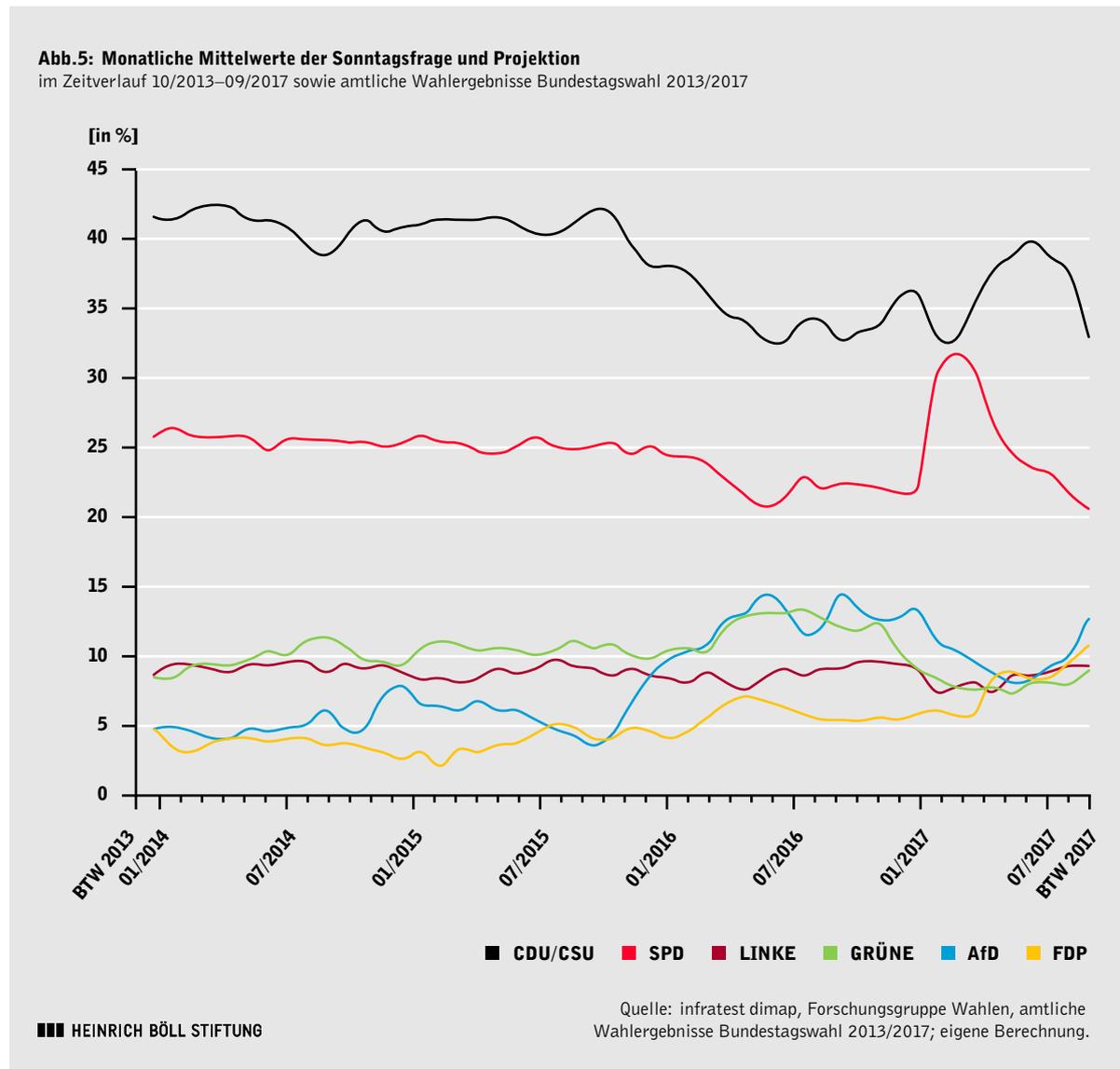
Allerdings ist das Thema Flüchtlinge, Ausländer und Integration keineswegs für alle Wähler/innen entscheidend. Es ist anzunehmen, dass gerade AfD-Wähler/innen durch dieses Thema mobilisiert werden. Allgemein nachgefragt sind auch die Themenfelder Schul- und Bildungspolitik, öffentliche Sicherheit (u.a. Terrorismus-, Kriminalitätsbekämpfung), Alterssicherung sowie angemessene Löhne häufig von hoher Relevanz für die Wahlentscheidung (ARD/infratest dimap Deutschlandtrend September 2017).

Auffällig relevant ist im Sommer 2017 das Thema Umwelt- und Klimaschutz (46 Prozent «sehr wichtig», 43 Prozent «wichtig» für eigene Wahlentscheidung; Vorwahlbefragung). Diese Themenaktualität, verursacht u.a. durch den Diesel- bzw. Abgasskandal, die internationale Klimapolitik und massive Unwetter im Spätsommer, sollte den Grünen im Wahlkampf zugutekommen – schließlich sind die Grünen erneut diejenige Partei, der in umweltpolitischen Fragen die größte Kompetenz zugeschrieben wird (56 Prozent; 2013: 56 Prozent, Vorwahlbefragung). Außer der Union im Bereich «Wirtschaft voranbringen» (57 Prozent) verfügt keine Partei über eine vergleichbar hohe Kompetenzzuschreibung in einem spezifischen Politikfeld – hier liegt also der grüne Markenkern auf unverändert hohem Niveau. Dass die Grünen davon nur bedingt profitieren, könnte daran liegen, dass sich aus Sicht der Bevölkerung auch die anderen Parteien um Umwelt- und Klimaschutz kümmern (57 Prozent; Grünen-Anhänger/innen: 41 Prozent; ARD/infratest dimap Deutschlandtrend Juni 2017), wenngleich die Positionen der Grünen teilweise klar von den anderen Parteien abweichen, wie die – von der Grünen Anhängerschaft mehrheitlich geteilte – Position zum Ende des Verbrennungsmotors 2030 verdeutlicht (31 Prozent Zustimmung gesamt, 63 Prozent Zustimmung Grünen-Anhänger/innen; FGW Politbarometer September 2017).

Profitiert haben die Grünen im Vergleich zu 2013 von ihrem Spitzenpersonal, auch wenn die Personalfrage bei den Grünen-Wähler/innen traditionell eine geringere Rolle spielt. Cem Özdemir zählt seit längerem zu den populärsten Politikern im Land, und auch Katrin Göring-Eckardt erzielt gute Zustimmungswerte (Cem Özdemir 2017: 55 Prozent (sehr) zufrieden; Katrin Göring-Eckardt 39 Prozent (sehr) zufrieden; Jürgen Trittin (2013): 36 Prozent (sehr) zufrieden; Vorwahlbefragung, ausgewählte Politiker/innen). Dazu kommt

schließlich, dass die Grünen bei dieser Wahl wie bereits 2013 aus Sicht der Bevölkerung die Partei mit der größten Ehrlichkeit sind (Vorwahlbefragung).

3.2 Gesellschaftliche Stimmungsschwankungen und kurzfristige Wahlentscheidung



Schon seit längerem wird die rückläufige Bindungskraft der Parteien diskutiert. Wahlentscheidungen werden flexibler, fallen situativer und kurzfristiger. Die Folge ist eine zunehmende Dynamik über die gesamte Legislaturperiode hinweg (Abb. 5). Betrachtet man die vergangenen vier Jahre, dann sind einige Entwicklungen bemerkenswert: Die Regierungsparteien haben schleichend an Zustimmung verloren, konnten im Wahljahr dann wieder Boden gutmachen, um letztlich doch stark abzustürzen. Die SPD hat bereits vor der Sommerpause stark an Zuspruch verloren, die Union hingegen quasi auf der Zielgeraden,

also in den letzten Tagen und Wochen vor der Wahl. Die Grünen hatten hingegen nach einem Zustimmungshoch im Sommer 2016 bereits zum Jahresende 2016 mit sinkenden Umfragewerten zu kämpfen, konnten sich dann aber – nach dem «Schulz-Hype» am Jahresanfang 2017 – stabilisieren und schließlich wieder leicht steigern. Die FDP verzeichnet einen insgesamt recht stetigen Anstieg nach dem Tiefpunkt 2013, die Linke hingegen bleibt insgesamt recht stabil. Die AfD zeigt schwankende Zustimmungswerte und bleibt in der Wahl hinter den Höchstwerten des Sommers 2016 zurück.

Insgesamt zeigt sich, dass in den letzten Tagen und Wochen vor der Wahl noch einmal eine starke Dynamik eingesetzt hat, die gerade im knappen Rennen der kleineren Parteien zu einer Ausdifferenzierung geführt hat. Dies ist dadurch möglich, dass sich viele Wähler/innen erst sehr kurzfristig entscheiden (Tab. 3) und im Falle eines erfolgreichen Wahlkampfes mobilisiert bzw. gewonnen werden können. Von dieser kurzfristigen Dynamik profitieren bei dieser Wahl insbesondere die Grünen, vier von zehn Grünen-Wähler/innen legten sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl bzw. am Wahltag selbst fest (gesamt: 31 Prozent Späterscheider/innen; vgl. zur Schätzung Fußnote 3). Zugleich – und zeitlich gegenläufig – wird jedoch immer häufiger nicht mehr am Wahltag selbst, sondern vorab per Briefwahl abgestimmt. Waren 2013 gut 24 Prozent Briefwähler/innen zu verzeichnen, so ist deren Anteil bei dieser Wahl nach ersten Prognosen nochmals gestiegen. Auch bei dieser Gruppe schneiden die Grünen seit 1990 bis auf eine Ausnahme (2005) deutlich besser ab als an der Wahlurne. Insgesamt lassen sich damit bei einer steigenden Dynamik und Fluidität des Wahlverhaltens drei Wählergruppen identifizieren: «traditionelle Stammwähler/innen», «Briefwähler/innen» und «kurzfristige Entscheider/innen».

Tabelle 3: Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Zeitpunkt	Gesamt	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD
am Wahltag	13	11	14	14	12	13	11
letzte Tage	18	13	21	20	28	22	12
letzte Wochen	23	20	21	26	28	29	20
vor längerer Zeit	35	40	28	33	25	30	51
wähle immer gleich	10	15	14	7	7	4	2

3.3 Bevölkerungsgruppen im Vergleich

Die Union verliert in allen Bevölkerungsgruppen, besonders bei Selbstständigen, Arbeiter/innen, formal hoch Gebildeten und den 25- bis 44-Jährigen. Bei älteren Wähler/innen (60+), Rentner/innen sowie formal niedrig Gebildeten erzielt die Union überdurchschnittliche Ergebnisse, verliert aber dennoch auch in diesen Gruppen. Ähnlich verhält es sich bei der SPD, die in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen verliert. Besonders hohe Verluste hat sie bei Männern von 35–59 Jahren, bei formal hoch Gebildeten und Beamten, wohingegen sie bei ihren traditionellen Wählergruppen noch etwas erfolgreicher ist (Wähler/innen 60+, Arbeiter/innen, Rentner/innen, formal niedrig Gebildete, wirtschaftlich Unzufriedene). Die Linke gewinnt bei jüngeren und formal höher gebildeten Wähler/innen leicht, verliert hingegen bei Arbeitslosen – sie erhält gleichwohl weiterhin die stärkste Unterstützung in dieser Gruppe, dazu auch bei Arbeiter/innen und insbesondere wirtschaftlich unzufriedenen Wähler/innen. Die Grünen gewinnen zwar in vielen Bevölkerungsgruppen, dafür aber meist nur gering. Größere Zugewinne erreichen sie bei jungen Frauen bis 24 Jahren, Angestellten und Beamten. Wie bisher sind sie zudem bei jungen Wähler/innen, Frauen und formal höher Gebildeten erfolgreich. Deutlich unterdurchschnittlich bleiben sie hingegen u.a. bei der großen Gruppe der älteren Wähler/innen (60+), wobei diese Gruppe trotz geringer prozentualer Anteile in absoluten Zahlen nicht unterschätzt werden darf. Bemerkenswert ist zudem, dass die Grünen mit 6 Prozent in dieser Gruppe nun auch über der 5-Prozent-Schwelle liegen. Wie die Grünen legt die FDP in allen Bevölkerungsgruppen zu, besonders erfolgreich ist sie bei jungen Männern (bis 24 Jahre), Beamten und Selbstständigen. Die AfD erzielt vor allem bei Arbeiter/innen, wirtschaftlich Unzufriedenen und Arbeitslosen mit jeweils über 20 Prozent überdurchschnittliche Ergebnisse. Sie erzielt aber auch in allen weiteren Berufsgruppen zweistellige Werte. Eine wichtige Unterstützerbasis der AfD sind Männer zwischen 25 und 59 Jahren.

Tabelle 4: Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen in Prozent

	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD
Alter						
18–24	24 (–7)	19 (–5)	11 (+3)	13 (+2)	12 (+8)	10 (+4)
25–34	26 (–11)	18 (–4)	11 (+2)	10 (±0)	11 (+6)	14 (+9)
35–44	30 (–10)	16 (–6)	8 (±0)	11 (±0)	12 (+6)	16(+10)
45–59	31 (–7)	20 (–7)	9 (–1)	10 (±0)	11 (+6)	14 (+9)
60+	40 (–9)	24 (–4)	8 (+1)	6 (+1)	10 (+5)	10 (+7)
Frauen						
Gesamt	36 (–8)	21 (–4)	9 (+1)	11 (+1)	10 (+6)	10 (+6)
18–24	26 (–7)	19 (–4)	11 (+2)	16 (+3)	9 (+5)	8 (+3)
25–34	29 (–10)	18 (–4)	10 (+2)	13 (+1)	9 (+5)	11 (+7)
35–44	33 (–9)	17 (–5)	9 (±0)	13 (±0)	10 (+6)	12 (+8)
45–59	34 (–6)	20 (–6)	9 (–1)	12 (+1)	10 (+6)	11 (+6)
60+	43 (–9)	23 (–3)	8 (+1)	6 (+2)	10 (+6)	7 (+5)
Männer						
Gesamt	30 (–9)	21 (–6)	9 (+1)	8 (±0)	12 (+6)	15(+10)
18–24	22 (–7)	19 (–6)	11 (+3)	10 (+1)	15(+10)	11 (+4)
25–34	24 (–12)	17 (–5)	12 (+3)	8 (±0)	13 (+8)	17(+10)
35–44	28 (–11)	16 (–7)	8 (±0)	9 (±0)	13 (+7)	19(+13)
45–59	29 (–7)	20 (–8)	9 (±0)	9 (–1)	11 (+6)	17(+11)
60+	37 (–8)	25 (–5)	9 (±0)	5 (+1)	11 (+5)	12 (+8)
Beruf/Tätigkeit						
Arbeiter	25 (–10)	24 (–3)	10 (–2)	5 (+2)	8 (+5)	21(+15)
Angestellte	31 (–9)	20 (–6)	9 (+2)	11 (+6)	11 (+6)	12 (+7)
Beamte	36 (–8)	18 (–10)	5 (+1)	16(+13)	11 (+8)	10 (+5)
Selbstständige	36 (–13)	11 (–3)	8 (+2)	10 (±0)	19 (+9)	12 (+7)
Rentner	41 (–8)	24 (–5)	8 (+1)	6 (+1)	10 (+5)	11 (+7)
Arbeitslose	20 (–4)	23 (–3)	11 (–12)	7 (+3)	7 (+3)	21 (+18)
Bildung						
hoch	31 (–8)	18 (–6)	10 (+2)	14 (±0)	13 (+8)	9 (+4)
mittel	33 (–10)	21 (–4)	10 (–1)	6 (–1)	9 (+5)	17 (+12)
niedrig	38 (–7)	26 (–5)	6 (–1)	4 (+1)	8 (+4)	14 (+10)
Eigene wirtschaftliche Lage						
Zufriedene	35	20	8	9	11	11
Unzufriedene	18	23	15	7	7	22

In Klammern: Differenz zu 2013 in Prozentpunkten.

3.4 Wählerwanderung

Die in Abschnitt 3.2 skizzierte Dynamik geht damit einher, dass viele Wähler/innen bei dieser Wahl eine andere Entscheidung getroffen haben als bei der vorherigen Wahl. Diese Überlegungen greift das Wählerwanderungsmodell von infratest dimap^[4] auf. Die Union verliert im Wählerwanderungsmodell an alle Parteien und kann im Saldo nur begrenzt von vormaligen Nichtwähler/innen profitieren. Am stärksten verliert sie an die FDP, die überhäufig aus koalitionstaktischen Gründen gewählt wird, und die AfD, wobei hier die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit von CDU/CSU ausschlaggebend sein dürfte. Die SPD profitiert zwar von der höheren Wahlbeteiligung, verliert aber im Saldo stark an AfD, FDP, Linke und Grüne. Dazu kommen, wie bei der Union, starke Verluste infolge des Generationenwechsels und der Überalterung ihrer Wählerschaft (-380.000). Im Gegensatz zu Union und SPD gewinnen alle vier kleinen Parteien in absoluten Werten Wähler hinzu. Die Linke profitiert dabei vor allem von vormaligen SPD- und Nichtwähler/innen, aber auch von ehemaligen Grünen-Wähler/innen. Deutlich wird auch hier der Wettbewerb der Linken mit der AfD um enttäuschte Protestwähler, die Linke verliert in der Summe deutlich an die AfD. Die Grünen gewinnen wie die Linke vor allem von der SPD, mobilisieren aber auch stark vormalige Nichtwähler/innen und Erstwähler/innen. Die größten Stimmverluste gehen an die Linken und die FDP. Die FDP gewinnt vor allem von der Union, aber auch von der SPD und durch die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler/innen (+700.000). Wie die Grünen sind bei der FDP die Verluste an die AfD gering. Die AfD erreicht ihren Zuwachs vor allem durch vormalige CDU-, SPD- und Linke-Wähler/innen, dazu kommen im Saldo viele Stimmen aus dem Kreis nichtetablierter Parteien und aus dem Nichtwählerlager.

- 4** Methodischer Hinweis: Das Wanderungsmodell von infratest dimap bildet den Umfang von Wanderungsströmen ab. Das Modell berücksichtigt Befragungsergebnisse zur aktuellen und früheren Wahlentscheidung und schätzt Wähler/innen-Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. «Haltequoten» für die identische Partei-Wahl. Ferner nimmt es Änderungen in der Wählerzusammensetzung infolge aktueller und früherer Nichtwahl sowie aufgrund von Generations- und Ortswechseln (Erstwähler versus verstorbene Wähler bzw. Zuzug versus Wegzug) auf. Für jede Partei wird ein Stromkonto berechnet mit Gewinnen und Verlusten bezüglich des Austauschs zwischen den Parteien, dem Wechselspiel zwischen Wahlteilnahme und Wahlenthaltung und dem Generations- bzw. Ortswechsel. Die Einzelströme werden gerundet, sodass sich in den Randsummen Differenzen zum amtlichen Ergebnis ergeben können. Die Annahmen über Größenordnung und Wahlverhalten der ausgewiesenen Gruppen beruhen auf repräsentativen Wahl- und Bevölkerungsstatistiken, Vorwahl- und Wahltagsbefragungen sowie dem amtlichen Wahlergebnis.

Tabelle 5a: Wählerwanderung CDU/CSU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
SPD	820.000	800.000	20.000
LINKE	110.000	200.000	-90.000
GRÜNE	300.000	330.000	-30.000
FDP	260.000	1.620.000	-1.360.000
AfD	60.000	1.040.000	-980.000
Andere	140.000	200.000	-60.000
Parteien (Summe)	1.690.000	4.190.000	-2.500.000
<i>Weitere Gruppen</i>			
Nichtwähler/innen	1.990.000	1.610.000	380.000
Erstwähler/Verstorbene	480.000	1.290.000	-810.000
Zu-/Fortgezogene	70.000	0	70.000
Weitere Gruppen (Summe)	2.540.000	2.900.000	-360.000
<i>Wählerströme insgesamt</i>			
Wählerströme insgesamt	4.230.000	7.090.000	-2.860.000
Wählerstamm	11.090.000	11.090.000	
Wähler 2017 und 2013	15.320.000	18.180.000	-2.860.000

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Tabelle 5b: Wählerwanderung SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU/CSU	800.000	820.000	-20.000
LINKE	270.000	700.000	-430.000
GRÜNE	380.000	760.000	-380.000
FDP	100.000	550.000	-450.000
AfD	40.000	510.000	-470.000
Andere	190.000	200.000	-10.000
Parteien (Summe)	1.780.000	3.540.000	-1.760.000
<i>Weitere Gruppen</i>			
Nichtwähler/innen	1.390.000	1.030.000	360.000
Erstwähler/Verstorbene	380.000	760.000	-380.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	0	30.000
Weitere Gruppen (Summe)	1.800.000	1.790.000	10.000
<i>Wählerströme insgesamt</i>			
Wählerströme insgesamt	3.580.000	5.330.000	-1.750.000
Wählerstamm	5.920.000	5.920.000	
Wähler 2017 und 2013	9.500.000	11.250.000	-1.750.000

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Tabelle 5c: Wählerwanderung LINKE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU/CSU	200.000	110.000	90.000
SPD	700.000	270.000	430.000
GRÜNE	330.000	160.000	170.000
FDP	30.000	90.000	-60.000
AfD	20.000	420.000	-400.000
Andere	170.000	220.000	-50.000
Parteien (Summe)	1.450.000	1.270.000	180.000
<i>Weitere Gruppen</i>			
Nichtwähler/innen	560.000	290.000	270.000
Erstwähler/Verstorbene	220.000	220.000	0
Zu-/Fortgezogene	10.000	0	10.000
Weitere Gruppen (Summe)	790.000	510.000	280.000
<i>Zusammenfassung</i>			
Wählerströme insgesamt	2.240.000	1.780.000	460.000
Wählerstamm	1.980.000	1.980.000	0
Wähler 2017 und 2013	4.220.000	3.760.000	460.000

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Tabelle 5d: Wählerwanderung GRÜNE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU/CSU	330.000	300.000	30.000
SPD	760.000	380.000	380.000
LINKE	160.000	330.000	-170.000
FDP	50.000	160.000	-110.000
AfD	10.000	50.000	-40.000
Andere	90.000	130.000	-40.000
Parteien (Summe)	1.400.000	1.350.000	50.000
<i>Weitere Gruppen</i>			
Nichtwähler/innen	560.000	330.000	230.000
Erstwähler/Verstorbene	320.000	140.000	180.000
Zu-/Fortgezogene	10.000	0	10.000
Weitere Gruppen (Summe)	890.000	470.000	420.000
<i>Zusammenfassung</i>			
Wählerströme insgesamt	2.290.000	1.820.000	470.000
Wählerstamm	1.870.000	1.870.000	0
Wähler 2017 und 2013	4.160.000	3.690.000	470.000

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Tabelle 5e: Wählerwanderung FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU/CSU	1.620.000	260.000	1.360.000
SPD	550.000	100.000	450.000
LINKE	90.000	30.000	60.000
GRÜNE	160.000	50.000	110.000
AfD	80.000	120.000	-40.000
Andere	180.000	40.000	140.000
Parteien (Summe)	2.680.000	600.000	2.080.000
<i>Weitere Gruppen</i>			
Nichtwähler/innen	830.000	130.000	700.000
Erstwähler/Verstorbene	240.000	130.000	110.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	0	30.000
Weitere Gruppen (Summe)	1.100.000	260.000	840.000
<i>Wählerströme insgesamt</i>			
Wählerströme insgesamt	3.780.000	860.000	2.920.000
Wählerstamm	1.220.000	1.220.000	
Wähler 2017 und 2013	5.000.000	2.080.000	2.920.000

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Tabelle 5f: Wählerwanderung AfD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU/CSU	1.040.000	60.000	980.000
SPD	510.000	40.000	470.000
LINKE	420.000	20.000	400.000
GRÜNE	50.000	10.000	40.000
FDP	120.000	80.000	40.000
Andere	730.000	40.000	690.000
Parteien (Summe)	2.870.000	250.000	2.620.000
<i>Weitere Gruppen</i>			
Nichtwähler/innen	1.470.000	270.000	1.200.000
Erstwähler/Verstorbene	130.000	100.000	30.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	0	20.000
Weitere Gruppen (Summe)	1.620.000	370.000	1.250.000
<i>Wählerströme insgesamt</i>			
Wählerströme insgesamt	4.490.000	620.000	3.870.000
Wählerstamm	1.430.000	1.430.000	
Wähler 2017 und 2013	5.920.000	2.050.000	3.870.000

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

4 Gewählte Abgeordnete Bündnis 90/Die Grünen

Tabelle 6: Gewählte Abgeordnete Bündnis 90/Die Grünen (nach Ländern und Listenplatz)

Baden-Württemberg	Hoffmann, Dr. Bettina
Andreae, Kerstin	Mecklenburg-Vorpommern
Özdemir, Cem	Müller, Claudia
Kotting-Uhl, Sylvia	Niedersachsen
Schick, Dr. Gerhard	Verlinden, Dr. Julia Maria Kornelia
Brugger, Agnes	Trittin, Jürgen
Kühn, Christian	Polat, Filiz
Müller-Gemmeke, Beate	Kindler, Sven-Christian
Ebner, Harald	Keul, Katja
Brantner, Dr. Franziska	von Holtz, Ottmar
Gastel, Matthias	Nordrhein-Westfalen
Christmann, Dr. Anna	Haßelmann, Britta
Bayaz, Dr. Danyal	Krischer, Oliver Michael
Stumpp, Margit	Dörner, Katja
Bayern	Lehmann, Sven
Roth, Claudia Benedikta	Mihalic, Irene
Hofreiter, Dr. Anton	Schmidt, Dr. Frithjof
Deligöz, Ekin	Dröge, Katharina
Kekeritz, Uwe	Kurth, Markus
Walter-Rosenheimer, Beate	Klein-Schmeink, Maria
Janecek, Dieter	Gehring, Kai Boris
Rottmann, Dr. Manuela	Schauws, Ursula (Ulle)
Grundl, Erhard	Ostendorff, Friedrich
Bause, Margarete	Rheinland-Pfalz
Schmidt, Stefan	Rößner, Tabea
Badum, Lisa Hildegard	Lindner, Dr. Tobias
Berlin	Rüffer, Corinna
Paus, Elisabeth (Lisa)	Saarland
Gelbhaar, Stefan	Tressel, Markus Stefan
Künast, Renate	Sachsen
Brandenburg	Lazar, Monika
Baerbock, Annalena	Kühn, Stephan
Bremen	Sachsen-Anhalt
Kappert-Gonther, Dr. Kirsten	Lemke, Steffi
Hamburg	Schleswig-Holstein
Hajduk, Anja Margarete Helene	Amtsberg, Luise
Sarrazin, Manuel Ferdinand Theodor	von Notz, Dr. Konstantin
Hessen	Nestle, Ingrid
Wagner, Daniela	Thüringen
Nouripour, Omid	Göring-Eckardt, Katrin
Schulz-Asche, Kordula Anna Paula	Gewählte Wahlkreisbewerberin
Strengmann-Kuhn, Wolfgang	Bayram, Canan

Der Autor

Dr. Sebastian Bukow ist Referent für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere Parteiorganisations-, Parteiensystem- und Parlamentsforschung. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft als Mitglied des Vorstands sowie als Sprecher des AK Parteienforschung engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow, **E** bukow@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: September 2017

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: themen.boell.de

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.